

Nach dem Milliardär Gantner sind auch einige Politiker für eine Vermögenssteuer

Weil das Parlament ungern spart, diskutiert es vermehrt über neue Einnahmen für den Fiskus

DAVID VONPLON, MATTHIAS VENETZ

Wer mehr ausgibt, als er einnimmt, muss seine Ausgaben zurückfahren. Dieser Buchungssatz gilt für Private grundsätzlich. Für die Politik aber nur beschränkt. Das zeigt sich in diesen Tagen, und das dürften auch die nächsten drei Wochen bestätigen.

Ab Dienstag wird der Nationalrat über das Entlastungspaket 27 beraten. Die Staatsausgaben wachsen zurzeit schneller als die Einnahmen und die Schweizer Wirtschaft. Das Paket der Finanzministerin Keller-Sutter sollte das Ausgabenwachstum um wenige Prozent bremsen und drohende Defizite im Bundesbudget verhindern. Doch Ende des vergangenen Jahres hat der Ständerat das Paket bereits um ein Drittel zusammengekürzt. Nun könnte der Nationalrat in der Frühjahrsession nachziehen. So fordert es eine Mehrheit seiner zuständigen Kommission.

Der Politik fällt es leichter, über neue Steuern nachzudenken, als das Ausgabenwachstum zu dämpfen. Der GLP-Nationalrat Patrick Hässig schlägt vor, den steigenden Finanzbedarf des Bundes – namentlich zur Finanzierung der Sozialwerke und der Rüstung – mit einer neuen Vermögenssteuer zu stillen. Es ist eine Lösung, die Linke schon seit Jahren herbeisehnen. Nun diskutieren auch namhafte Ökonomen darüber, doch obwohl einige von ihnen diese Idee unterstützen, dürfte die Umsetzung komplizierter werden als gedacht.

Wohlhabende Rentner

Wegbereiter der neuesten Vermögenssteuer-Diskussion war ausgerechnet Alfred Gantner, Milliardär und Mitgründer der Partners Group. Kaum hatte das Volk letzten November eine Erbschaftsteuer mit 78 Prozent abgelehnt, sagte er in den Tamedia-Zeitungen: «Es kann nicht sein, dass einige wenige in diesem Land sehr viel Vermögen haben, und andere Leute wissen nicht, wie sie ihre Krankenkassenprämien und ihre Miete bezahlen sollen.» Gantner zeigte sich offen für eine Vermögenssteuer, die ihn selbst direkt treffen würde.

Argumente für eine Vermögenssteuer auf Bundesebene liefert auch eine neue Studie von Ökonomen der Universität Lausanne, der EPFL und des KOF-Instituts. Sie zeigt, dass die Vermögen in den letzten 25 Jahren deutlich schneller angewachsen sind als die Löhne. Im Jahr 2000 betrug das vererbte Privatvermögen in der Schweiz noch rund 1400 Milliarden Franken – was etwa dem Dreifachen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. 25 Jahre später waren es fast 3600 Milliarden Franken – mehr als das Vierfache des BIP. Im Durchschnitt betrug die Zunahme der Vermögen knapp vier Prozent, während die Einkommen bloss um 2,6 Prozent zulegten.

Auch die Ungleichheit hat zugenommen: Das oberste Prozent der Haushalte hält mittlerweile 45 Prozent des steuerbaren Vermögens – 2003 waren es noch 37 Prozent. Allerdings werden dabei die grössten Vermögenswerte von Normalhaushalten, also Gelder in der Pensionskasse und das Wohneigentum, nicht berücksichtigt. Was auch auffällt: Die Vermögen von Rentnern sind im Median fast 10-mal höher als jene von Personen unter 65 Jahren.

Laut Isabel Martínez, einer der Autorinnen der Studie, waren für die Akkumulation der Vermögen vor allem zwei Faktoren entscheidend. Sie sagt: «Im zurückliegenden Vierteljahrhundert haben die Börsenwerte vieler Unternehmen stark an Wert gewonnen. Gleichzeitig explodierten auch die Immobilienwerte in der Schweiz. Das BIP-Wachstum war im Vergleich dazu deutlich geringer.»

Laut der Studie gibt es jedoch noch einen weiteren Grund: Die Steuern auf Vermögen und Erbschaften sind gesunken. So sank der durchschnittliche Vermögenssteuersatz von 0,35 im Jahr



Die Vermögen haben sich in der Schweiz in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

1990 auf 0,28 Prozent im Jahr 2025. Der Steuersatz auf Erbschaften und Schenkungen fiel durchschnittlich gar von 4,6 auf 1,5 Prozent – vor allem weil die meisten Kantone die Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen abschafften. Die Ökonomin Martínez schätzt, dass bei grossen Vermögen 20 bis 25 Prozent des Wachstums auf solche Steuersenkungen zurückgehen.

Der Ökonom Marius Brühlhart, der ebenfalls an der Studie mitgearbeitet hat, rät der Politik, sich nicht auf Einkommens- und Konsumsteuern zu beschränken, sondern die Palette zu öffnen. Er findet, dass eine Vermögenssteuer zumindest geprüft werden sollte, wie SRF berichtete. Damit würden auch die Pensionierten stärker belangt, da sie im Durchschnitt über massiv höhere Vermögen verfügen.

Isabel Martínez hält sich mit politischen Empfehlungen zurück. Neben der Erhöhung der Mehrwertsteuer sei ebenso denkbar, dass der Bund eine Vermögenssteuer oder eine Immobiliengewinnsteuer einführe. Entscheidend sei, wie die Steuer umgesetzt werde. Dass die Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene einen Exodus von Millionären zur Folge hätte, bezweifelt die Ökonomin. Am Schluss zähle die Gesamtsteuerbelastung – und diese sei heute für sehr reiche Personen in der Schweiz tiefer als in anderen Ländern.

Als einen Vorteil der Vermögenssteuer auf Bundesebene bezeichnet Martínez den Umstand, dass der Steuerwettbewerb auf Kantonsebene ausgeschaltet würde. Ein Race-to-the-bottom, wie es bei den kantonalen Erbschaftssteuern, aber auch bei den Vermögens- und Gewinnsteuern in den letzten Jahrzehnten zu beobachten war, werde dadurch verhindert.

«Ein Griff in den Giftschränk»

In den vergangenen Wochen hat der Bundesrat gleich mehrfach Steuererhöhungen angekündigt. Für die AHV und die Armee will er die Mehrwertsteuer um total 1,5 Prozentpunkte erhöhen, das brächte der Bundeskasse Mehreinnahmen von 5 Milliarden Franken jährlich.

Zur Debatte steht auch die Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles für die Eisenbahn. Und zuletzt hat die Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider erklärt, dass für die Stabilisierung der IV allenfalls die Erhöhung der Lohnprozente nötig sei. Sollte sich die Situation des IV-Fonds weiter verschlechtern, dürften weitere Steuererhöhungen zur Diskussion stehen.

Umfragen und die Reaktionen der Parteien zeigen bereits: Viele dieser Anliegen dürften es im Parlament und bei einer Volksabstimmung schwer haben.

Das betrifft speziell die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Armee. Der Bundesrat hat auch andere Ideen wie eine Vermögenssteuer geprüft, kam aber zum Schluss, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorzuziehen sei.

In diese Richtung argumentiert auch der Ökonom Christoph Schaltegger von der Universität Luzern. Er zeigt sich überrascht, dass eine Vermögenssteuer auf Stufe Bund überhaupt diskutiert wird: «Das ist nun wirklich ein Griff in den Giftschränk.» Es sei kein Zufall, dass die meisten Länder die Vermögenssteuer abgeschafft hätten. Anders als Steuern, die bei der Entstehung von Erträgen oder deren Verwendung (Konsum) erhoben würden, setze die Vermögenssteuer bei der Substanz an. Da die Substanz unabhängig von der gegenwärtigen Ertragslage der Personen erhoben werde, habe sich die Vermögenssteuer als besonders schädlich erwiesen.

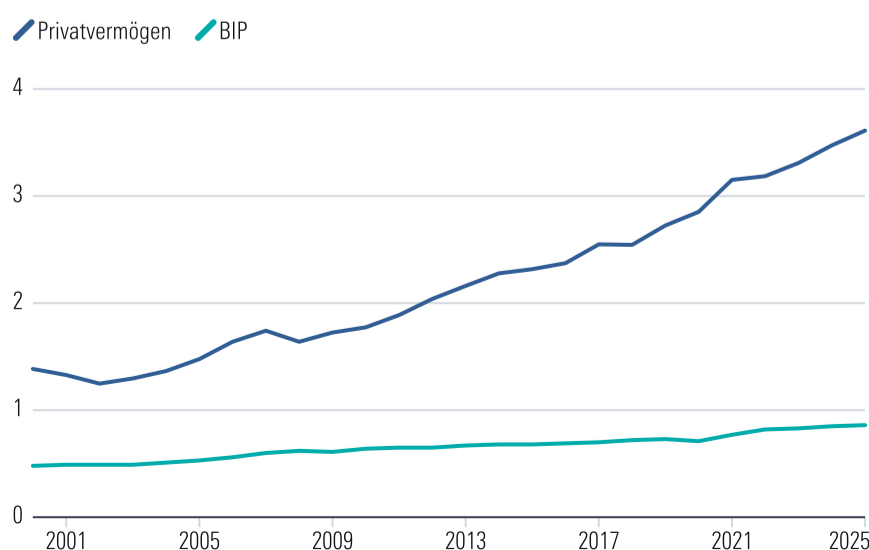
Schaltegger schätzt, dass der Bund bei einer Vermögenssteuer von einem Prozent ab einem Freibetrag von 5 Millionen Franken mindestens einen Drittel an Schwund bei den steuerbaren Vermögen verzeichnen würde. Denn die Belastung nähme stark zu. So würden im Kanton Genf die Vermögenssteuern faktisch um mehr als 100 Prozent steigen. Im Kanton Zug wären es gar etwa 600 Prozent. «Eine solche Zusatzbelastung würde starke Reaktionen auslösen und zu Abwanderungen von sehr wohlhabenden Personen führen.»

Ein Problem ist zudem die Zeit. Die Vermögenssteuer ist kantonal geregelt. Eine Erhöhung würde «eine Vielzahl von Rechtsänderungen und Volksabstimmungen» nach sich ziehen. Laut VBS erlaubt die Bedrohungslage diese Verzögerungen allerdings nicht. Ähnlich argumentiert der Bundesrat bei der Finanzierung für die 13. AHV-Rente.

Ökonom Schaltegger rät der Politik aber, besser ganz auf neue Steuern zu verzichten und stattdessen Subventionen abzubauen – im letzten Jahr summieren sich diese auf nicht weniger als 50 Milliarden Franken. Anders als bei neuen Steuern erhalte der Bund dadurch eine doppelte Dividende, weil damit nicht nur die Ausgaben reduziert würden, sondern auch Verzerrungen und Ungleichheiten. Auch sollten bestehende Steuerlücken geschlossen werden. «Allein bei der Mehrwertsteuer gibt es mittlerweile 30 Ausnahmeregelungen.» Schaffe man diese auch nur teilweise ab, könne der Bund Milliarden herausholen.

Privatvermögen in der Schweiz nehmen massiv zu

Entwicklung der Privatvermögen und des Bruttoinlandsprodukts in den letzten 25 Jahren in Billionen Franken



QUELLEN: BFS, SNB

NZZ / dvp.